



Ausschuss für Kommunalpolitik

97. Sitzung (öffentlich)

19. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

- 1 Kommunale Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern – Mehr Transparenz über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen schaffen!**

10

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3426

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3546

In Verbindung mit:**Aktueller Sachstand zum Abschlussbericht der Arbeitsgruppe
„Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter
verbessern“**

Tischvorlage
siehe Anlage zu TOP 1

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ (*siehe Anlage zu TOP 1*) zur Kenntnis und verständigt sich darauf, sich Ende August 2015 mit dem dann vorliegenden Abschlussbericht zu beschäftigen.

2 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

In Verbindung mit:**Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5743

Und:**Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5500

Sowie:**Bürgermeisterabwahl vereinfachen**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5499

Ausschussprotokoll 16/858

- a) Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene 15**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik fasst auf Wunsch der Piratenfraktion keinen Beschluss über diesen Gesetzentwurf. Die Piratenfraktion wird sich bemühen, ihn von der Tagesordnung des Plenums in der kommenden Woche nehmen zu lassen, und zu einem späteren Zeitpunkt ein Signal geben, wenn er wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses genommen werden soll.
- b) Gesetz zur Abschaffung der Quoren bei Bürgerentscheiden 17**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion ab.
- c) Einführung von Kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht 18**
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik lehnt diesen Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion ab.
- d) Bürgermeisterabwahl vereinfachen 21**
- Die Piratenfraktion wird über ihren Parlamentarischen Geschäftsführer gegenüber der Präsidentin schriftlich erklären, dass sie diesen Antrag zurückzieht.
- 3 Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8385
- Stellungnahme 16/2763
Stellungnahme 16/2764
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3029
- Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt diesen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion an.

- 4 Entwurf der Vierten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen (AB-SGB XII NRW) vom 16. Dezember 2004** 26

Vorlage 16/2950

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt den Entwurf dieser Verordnung zur Kenntnis.

- 5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle** 27

Vorlage 16/2860

Der Ausschuss für Kommunalpolitik verständigt sich darauf, sich an der hierzu durchgeführten Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 31. August 2015 pflichtig zu beteiligen.

- 6 Gesetz zum Bürokratieabbau in den Kommunen – Kommunales Bürokratieabbaugesetz** 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8649

Stellungnahme 16/2788

In einem Obleutegespräch wird eine Verständigung über das weitere Vorgehen in Bezug auf das von der CDU-Fraktion hierzu vorgeschlagene Fachgespräch erfolgen.

7 Die Anerkennung der Flüchtlingsproblematik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung 29

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

Die CDU-Fraktion beantragt, zu diesem Antrag ein Fachgespräch durchzuführen. Der Vorsitzende bittet, dabei den Gesamtterminplan im Blick zu behalten und noch einmal über die Möglichkeit einer verbundenen Debatte mit dem Antrag von CDU und FDP Drucksache 16/8122 – Neudruck –, gegebenenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt als Ende August 2015, nachzudenken.

8 Der Fall Kühn bleibt weiter ungeklärt – Warum bleibt die Landesregierung untätig? 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2839

Der Ausschuss diskutiert über diesen Bericht der Landesregierung.

9 Kommunale Folgen der neuen Bevölkerungsprognose 33

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2882
Vorlage 16/3001

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

10 Wird die Landesregierung jemals einen Kommunalfinanzbericht vorlegen? 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3024

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

11 Konsequenzen des Kölner Wahldebakels – Welchen Schaden nimmt die Demokratie? 35

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3025

Der Ausschuss diskutiert engagiert über diesen Bericht der Landesregierung.

12 Landespläne für die Verteilung der Investitionsmittel des Bundes in Höhe von 1,125 Milliarden € in NRW – Welche Kommunen erhalten Unterstützung? 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3026

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

13 Ungebremster Anstieg der kommunalen Schulden in Nordrhein-Westfalen 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3021

Der Ausschuss nimmt diesen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

14	Verschiedenes	41
a)	Beratungsverfahren zum Gesetz zur Neuregelung des Brand- schutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes	41
b)	Terminplan 2016 Tischvorlage <i>siehe Anlage zu TOP 14</i>	41
c)	Nächste Sitzungen des Ausschusses für Kommunalpolitik	41

* * *

14 Verschiedenes

a) **Beratungsverfahren zum Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes**

Vorsitzender Christian Dahm ruft in Erinnerung, der Ausschuss für Kommunalpolitik habe am 8. Mai 2015 beschlossen, sich an der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/8293 im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Mittlerweile stehe fest, dass diese Anhörung am Freitag, 21. August 2015, ab 10 Uhr stattfinden werde.

b) **Terminplan 2016** Tischvorlage *siehe Anlage zu TOP 14*

Vorsitzender Christian Dahm teilt mit, die in der Tischvorlage enthaltenen Vorschläge für die Sitzungstermine im Jahr 2016 seien mit den Obleuten abgestimmt. Dass es bei dem einen oder anderen zu Terminüberschneidungen kommen könne, sei ihm durchaus bewusst. Der Ausschuss habe an dieser Stelle aber keinen Dispositionsspielraum. Insofern bitte er, sich gegebenenfalls fraktionsintern bzw. persönlich um Vertretungen zu bemühen.

c) **Nächste Sitzungen des Ausschusses für Kommunalpolitik**

Vorsitzender Christian Dahm schließt die Sitzung und nennt vorab noch die nächsten Sitzungstermine des Ausschusses:

- Freitag, 21. August 2015: gemeinsame Anhörung mit dem Innenausschuss zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes“
- Freitag, 28. August 2015: Anhörung zum Antrag der Fraktion der FDP „Grundsteuer-Bremse in Nordrhein-Westfalen einführen – Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Bundesländern beseitigen“; im Anschluss daran: nächste Arbeitssitzung

gez. Christian Dahm
Vorsitzender

2 Anlagen

20.07.2015/31.07.2015

